

Berlin, 8. Dezember 2017

Herausgeber:

Deutsch-Albanische
Wirtschaftsgesellschaft e. V.

Am Weidendamm 1A
10117 Berlin

Telefon +49 (0)30 590099-570
Telefax +49 (0)30 590099-519
Internet: www.daw-wirtschaftsgesellschaft.de

Autor:

Michael Alber
Geschäftsführer
michael.alber@bga.de

ALBANIEN 16.2017

Wirtschaftsforum Albanien setzt Signal zur interregionalen Zusammenarbeit im westlichen Balkan

„Die Region des westlichen Balkans gewinnt an Attraktivität für die deutsche Wirtschaft. Die Region hat in den vergangenen Jahren an Stabilität zugenommen. Die Staaten treiben Reformen zur Modernisierung von Infrastruktur, Wirtschaft und Rechtswesen mit dem klaren Ziel eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union voran. So erfreulich dies ist, umso mehr sind die Länder gefordert, den Anforderungen des Marktes gerecht zu werden. Auch mittelständische Unternehmen aus Deutschland erwarten eine attraktive Marktgröße selbst bei nahen Märkten für Beschaffung, Vertrieb und begleitenden Dienstleistungen. Hier kann die Vertiefung der interregionalen Zusammenarbeit wichtige und unverzichtbare Signale setzen. Aus Sicht der DAW zeigt die Resonanz des Forums, dass die deutsche Wirtschaft grundsätzlich an neuen Märkten interessiert ist. Die Länder müssen aber auch die Chancen aus den Anforderungen erkennen und nutzen.“ – so die zusammenfassende Bewertung von DAW-Präsident **Hans-Jürgen Müller** zum Wirtschaftsforum anlässlich des albanischen Nationalfeiertages in Berlin am 28. November 2017 und weiter: „Die Forumsveranstaltung setzt einen wichtigen Impuls von deutscher Seite. Weitere werden folgen, und wir bauen nicht nur auf das Interesse der Unternehmer, sondern auch auf eine sichtbare politische Unterstützung auch aus der Region, um die Potenziale hervorzuheben und in Chancen umsetzen zu können.“

Am Forum nahmen **Artur Kuko**, Botschafter der Republik Albanien in Berlin, sowie Botschafter **Skender Xhakaliu**, Botschafter des Kosovo in Berlin, teil. Aus dem Kosovo reiste **Safet Gerxhaliu**, Präsident der Wirtschaftskammer des Kosovo an, um für den Wirtschaftsstandort Kosovo zu werben. Aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie übermittelte Ministerialrat **Helge Tolksdorf**, Leiter des Referats Südosteuropa, EU-Erweiterung und Türkei, für die Bundesregierung die Glückwünsche zum albanischen Nationalfeiertag. Die Deutsche Industrie- und Handelsvereinigung in Albanien war durch Vizepräsidentin **Anette Kasten** vertreten. Neben dem gesamten Präsidium der

Deutsch-Albanischen Wirtschaftsgesellschaft, das mit seiner Präsenz ein klares Signal der Unterstützung für das Forum und die interregionale Zusammenarbeit unterstrich, waren zahlreiche weitere Mitglieder und Freunde der DAW und Albanien sowie der Region aus Unternehmen, Verbänden und anderen gesellschaftlichen Gruppen der Einladung der DAW und der albanischen Botschaft gefolgt.

Anlässlich des albanischen Nationalfeiertages unterstrich Botschafter **Artur Kuko** die besondere Wertschätzung für die Aktivitäten der Deutsch-Albanischen Wirtschaftsgesellschaft und äußerte zugleich die Erwartung, dass sich die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen noch bessere. Er begrüßte die Zielsetzung des Forums, das unter dem Motto „Perspektiven des



DAW-Präsident Müller mit dem Botschafter von Albanien Kuko sowie BMWi-Referatsleiter Tolksdorf, DAW-Geschäftsführer Alber, DIHA-Vizepräsidentin Kasten, Kammerpräsident Gerxhaliu und dem Botschafter des Kosovo Xhakaliu im Wirtschaftsforum

Berlin Prozesses für Investoren und Handel auf dem westlichen Balkan“ stand und verwies auf die wieder deutlich aufwärtsgerichtete wirtschaftliche Entwicklung insbesondere in Albanien.

Berlin Prozess: Wegweisender Impuls zum interregionalen Wachstumsprozess aus Sicht der Wirtschaft



DAW-Präsident Hans-Jürgen Müller mit Helge Tolksdorf aus dem Bundeswirtschaftsministerium mit Botschafter Artur Kuko

In seiner anschließenden inhaltlichen Einführung hob DAW-Präsident **Hans-Jürgen Müller** das große Interesse an einer Fortentwicklung des Berlin Prozesses hervor, der seinen Ausgangspunkt insbesondere im Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen im Jahr 2009 finde. Hiervon seien erste Impulse für Investitionen ausgegangen, denen grundlegende Reformen und schließlich der Beitritt zum Schengen-Abkommen folgte. Er begrüßte die Initiative von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, den Berlin Prozess auf den Weg zu bringen, um Impulse in der Region für Wachstum zu setzen. 2013 sei eine sich abschwächende konjunkturelle Entwicklung zu verzeichnen gewesen. Daher sei es richtig gewesen mit der Initiative die Beitrittsperspektive für die Länder des westlichen Balkans zu erneuern sowie die finanzielle Unterstützung der Europäischen Union für Reformen zuzusichern und die interregionale

Zusammenarbeit zu fördern. Mit dem ersten Treffen in Berlin habe auch eine erste Wirtschaftskonferenz stattgefunden, die sich mit Infrastrukturprojekten befasst habe. Bei der Wirtschaftskonferenz in Wien sei die Wirtschaft dagegen nicht mehr vertreten gewesen. Ebenso in Paris und Triest.

Vor diesem Hintergrund zeigte er sich verhalten über die Erwartungen an das Treffen im Brexit-Land Großbritannien im Jahr 2018. Er verwies darauf, dass Premierminister Edi Rama auf den Treffen in Hamburg im Herbst 2016 die Entwicklung des Berlin Prozesses so beschrieben habe, dass die Beratungen in Berlin 2014 brillant, in Wien 2015 gut, in Paris 2016 weniger gut verlaufen seien. Er appellierte daher, den Berlin Prozess mit neuem Leben zu erfüllen. Er müsse für die Wirtschaft gangbar gemacht werden. Vor diesem Hintergrund begrüßte er den Vorschlag des Auswärtigen Amtes für einen Berlin Prozess plus, mit seinen Schwerpunkten auf Infrastrukturmaßnahmen in der Region.



Wieder reger Zuspruch und großes Interesse am Forum der DAW anlässlich des albanischen Nationalfeiertages

Zu den Aktivitäten der Deutsch-Albanischen Wirtschaftsgesellschaft verwies er mit Blick auf die Organisationsstruktur der deutschen Wirtschaft darauf, dass die DAW die einzige Organisation sei, die sich exklusiv für die bilateralen Beziehungen zu Albanien engagiere. Aus dieser Situation leitet die DAW für ihre Aktivitäten ab, die fehlende Einbeziehung der Wirtschaft auf den Konferenzen zu bedauern und an die Politik den Appell zu richten, die Wirtschaft wieder aktiv zu integrieren. Zu begrüßen sei auch die Anforderung, ein Infrastrukturprogramm mit konkreten Investitionen zu unterlegen und zu finanzieren und dabei mit den Ländern im Dialog einvernehmlich Ziele, Planung, Organisation und Finanzierung in den Ländern im Einklang mit den anderen Ländern festzulegen.

Impulse des Berlin Prozesses zu Modernität am Beispiel Kosovo

Den Treffen im Rahmen des Balkan Prozesses maß **Safet Gerxhaliu**, Präsident der Wirtschaftskammer des Kosovo, starke Bedeutung bei. Er verglich

dies bedeutungsmäßig mit den Treffen in Rom im Jahr 1958. Der Prozess müsse in seinen verschiedenen Dimensionen analysiert werden, aber auch seine weitergehende Bedeutung mit Blick auf die Weiterentwicklung analysiert werden. Dieser habe verschiedene positive Effekte: Politisch strategisch trage er zu Stabilität bei und - was sehr bedeutend sei – er bringe mit Blick auf die Multiethnizität die Länder, in all denen diese bestehe, zusammen. Weiterhin werde der Prozess in allen Ländern anerkannt und fördere Wachstum. Dabei hob er insbesondere das Wachstum von Handel und Investitionen in der Region und auch den Dialog über Private Public Partnership hervor. Auch eröffne der Prozess psychologisch neue Perspektiven, indem er in der Region politisch stabilisierend wirke und so die staatliche und gesellschaftliche Entwicklung fördere. Vor diesem Hintergrund verwies er auf ein geplantes Treffen in der Region der Wirtschaftskammer des Kosovo mit Serbien und weiteren Staaten. Als politische Prioritäten verwies er auf fünf Begriffe mit dem Anfangsbuchstaben „E“: Europa, EU-Integration (Erweiterung), Economy (Ökonomie), Environment (Umwelt) und Experience (Erfahrung).

Er plädierte dafür, nicht abzuwarten, wie sich der Prozess weiter entwickelt, sondern die Rahmenbedingung zu gestalten und in Gesetze umzusetzen. Weiterhin unterstrich er die Bedeutung des Dialogs als Beitrag zur Stabilisierung der Beziehung zwischen Kosovo und Serbien. Es gehe darum, die Zukunft zu bauen und dies auf zwei Säulen – der Schaffung der erforderlichen Rahmenbedingungen unter der Erweiterung der EU - zu stützen. Auf dem Gebiet der Infrastruktur sei hierzu bereits vieles vorgenommen, was neue Hoffnung gebe. Für die weitere Entwicklung erwarte er sich zwei wichtige Aspekte: zum einen die Intensivierung des Dialoges zwischen den Ländern des westlichen Balkans auf verschiedenen Gebieten und das dynamische Engagement der Partner in der EU, Deutschlands und anderer Staaten.

Ziele und Strategie des Berlin Prozesses aus Sicht der Bundesregierung



Helge Tolksdorf präsentierte die Ansatzpunkte und Strategie des von Bundeskanzlerin Merkel initiierten Berlin Prozesses im Forum

Anknüpfend an die Ausführungen von DAW Präsident Müller zum Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen merkte **Helge Tolksdorf**, Referatsleiter Südosteuropa, EU-Erweiterung und Türkei im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, an, dass dieses im Vorfeld von den G7-Staaten auf den Weg gebracht worden sei, um einen Grundstein für die Stabilität in der Region zu legen. Mit der Unterstützung der Bundesregierung sei dieses in den regionalen Kooperationsrat und dieser wiederum in den Berlin Prozess der Bundesregierung überführt worden. Diese Entwicklung sei auch im zeitlichen Kontext des historischen Rückblicks aus dem Jahr 2014 zu sehen. 100 Jahre nach Beginn des ersten Weltkrieges stünden die Länder nun im Dialog miteinander, was unterstreiche, dass die Zeiten kriegerischer Konflikte überwunden seien. Er merkte an, dass im Jahre 2014 anlässlich der ersten Treffens im

Rahmen des Berlin Prozesses eine erste Wirtschaftskonferenz in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag und dem Ostausschuss der deutschen Wirtschaft im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie durchgeführt worden sei.

Zum aktuellen Stand der Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland führte er aus, dass Deutschland strategischer Partner in der Region sei und sich Südosteuropa als Wirtschaftsregion zu einem Hidden Champion entwickle. Der Handel mit Deutschland erreichte im Jahr 2015 ein Volumen von insgesamt 51,5 Milliarden Euro und entspräche damit in etwa dem Warenaustausch von Deutschland mit Russland. Seit dem Jahr 2006 sei der Handel in den Ländern

ALBANIEN

16.2017

der Region um 22 Milliarden Euro angestiegen gleichzeitig sinke der Handelsbilanzüberschuss von 10 auf aktuell 3 Milliarden Euro. Hervorzuheben sei dabei, dass im Unterschied zu Russland in der Region kaum Rohstoffe vorhanden seien, so liege der Schwerpunkt in den Sektoren Industrie und verarbeitende Güter. Auch im Vergleich zur Türkei mit seinen 70 Millionen Einwohnern bestünden mit Südosteuropa und seinen rund 50 Millionen Einwohnern weitaus intensivere Beziehungen.

Zur EU-Perspektive verwies er darauf, dass auf dem Gipfel von Thessaloniki im Jahr 2003 dem westlichen Balkan eine Beitrittsperspektive gegeben worden sei. Montenegro und Serbien stünden in aktiven Beitrittsverhandlungen und Mazedonien sowie Albanien haben Beitrittskandidatenstatus. Zur aktuellen Erweiterungsdiskussion verwies er auf ein Statement von EU-Kommissionspräsident Juncker, wonach eine Erweiterung vor 2020 wenig realistisch sei, aber Hinweise in Richtung auf das Jahr 2025 gegeben worden seien.

Zu dem von Bundeskanzlerin Merkel initiierten Berlin Prozess und seiner Folgekonferenz in London im Jahr 2018 ging er davon aus, dass der Gastgeber die EU Beitrittsperspektive bekräftigen werde. Nach Übernahme der EU Ratspräsidentschaft durch Bulgarien sei davon auszugehen, dass im Mai 2018 über inhaltliche Themen für die Folgekonferenz beraten werde. Es gebe große Erwartungen aber es könne auch davon ausgegangen werden, dass der Berlin Prozess mit dem historischen Ende 2018 nicht abgestoppt werde, sondern sich anschließend eine Fortführung in Polen abzeichne.

Zur Frage, woran es liege, dass der Prozess scheinbar nicht vorankomme, entgegnete er, dass bereits Einiges geschehen sei. Auf den Konferenzen seien Prioritäten in den Sektoren Infrastruktur und Energieversorgung identifiziert worden, und es eine Connectivity-Agenda erarbeitet worden. Zudem verwies er auf Projekte im Straßen-, Schienen- und Wasserbereich sowie auf Interkonnektoren-Projekte im Energiesektor. Berücksichtigt werden müssen auch die Situation, dass die Länder nur über begrenzte finanzielle Mittel verfügten und zudem die Anforderungen der sozialen Kohäsion (Schulen, Wasser, Abwasserentsorgung) von Bedeutung seien. Somit sei eine Entwicklung angestoßen worden, die darauf aufbaue, dass auch mehr Geld nicht helfe, sondern die Absorption in den Haushalten 2020 bis 2025 verbessert werden müssen, so dass die Länder die finanziellen Mitteln schneller und wirksamer umsetzen können. Er hob dabei die Bereitschaft der Bundesregierung hervor, sich mehr und besser zu engagieren. Deutschland werde ein Impuls und Beitrag leisten, zugleich aber auch andere Länder der EU bitten, diesen Weg mit zu gehen.

Er relativierte auch den Eindruck, dass ein Kongress dem anderen Folge, mit dem Hinweis, dass zwischenzeitlich auch konkrete Maßnahmen umgesetzt worden seien. Mit Blick auf die kritisierten langen Schlangen an den interregionalen Zollgrenzen verwies er auf die Gründung einer Zollunion und die Vereinbarung zwischen den Ländern, die regionale Kooperation besser zu organisieren. Zum Ausbau dieser regionalen Zusammenarbeit liege ein Aktionsplan mit den Schwerpunkten Handel, Investitionen, Mobilität und Digitalisierung auf der politischen Agenda. Zu diesen Themengebieten bestünde eine direkte Kommunikation mit den Ministerpräsidenten, um über die regionale Zusammenarbeit und gemeinsame Projekte zu informieren. Die EU Kommission sei dabei mit an Bord.

Im Zuge der Wirtschaftskonferenz in Berlin seien drei Initiativen von Seiten Deutschlands gestartet worden: zum einen eine Einkaufsinitiative zur Förderung der Importe aus den Ländern des westlichen Balkans, die fortgesetzt werde, zweitens die Förderung der dualen Berufsausbildung, die gemeinsam mit Österreich, Italien und der Schweiz weiter vorangebracht werde sowie ein Digitalisierungsgipfel für den westlichen Balkan, der auf Initiative der deut-

schen Wirtschaft gemeinsam mit der Bundesregierung für das Frühjahr 2018 vorgesehen ist. Er appellierte an Albanien, daran teilzunehmen.

Perspektivisch führte Ministerialrat Tolksdorf abschließend als wichtige Herausforderung die Fortführung eines konstanten Wachstums in der Region an und bekräftigte, dass die Bundesregierung und die Verbände der Wirtschaft die bestehenden Handlungsstränge weiterführen werden. Dies unterstreiche die hohe Kontinuität von Wirtschaft und Bundesregierung.

Diskussion um die Bedeutung von Investitionen für den westlichen Balkan

In den Mittelpunkt der anschließenden Diskussion stellte Moderatorin **Anette Kasten**, Vizepräsidentin der Deutschen Industrie und Handelsvereinigung in Albanien die Frage nach Ursachen und Lösungsansätzen für die langwierige und schwierige Entwicklung in der Region. Ministerialrat **Tolksdorf** führte an, dass der Konsum ein wichtiger Wachstumstreiber in der Region sei. Hierzu leiste die Diaspora einen wichtigen Beitrag und unterstütze eine stabile Entwicklung. Dies alleine reiche jedoch für einen Aufholprozess nicht aus.

Vorgebracht wurde auch, dass vielfach die Erwartung bestehe, dass große Unternehmen in der Region investieren. Zu dieser Erwartung wurde aus Reihen der Teilnehmer vorgetragen, dass es bereits ein großer Erfolg wäre, wenn viele kleine und mittlere Unternehmen den Weg in die Region fänden. Kammerpräsident **Gerxhaliu** verwies zur Frage, warum Unternehmen die Region bislang meiden, dass dies insbesondere in der Wahrnehmung und dem Bild der Region begründet sei, was verbessert werden müsse. Wenn Investoren aus dem Ausland in die Region eingeladen würden, kann festgestellt werden, dass die Einschätzung dann eine andere sei als von einer Außenbetrachtung. Auch er hob hervor, dass die albanische Diaspora für die Region finanziell wichtig sei, aber nicht überbewertet werden dürfe. Wichtig seien vor allem die Fortführung der Transition, von Reformen und Investitionen. Er zog insbesondere eine positive Bilanz zu den Direktinvestitionen, die zu einer Steigerung der Einkäufe führe. Aus seiner Sicht kann die Fortführung beispielsweise durch Branchendialoge zu weiteren positiven Impulsen führen.

Botschafter **Kuko** plädierte zur aufgeworfenen Frage der Verwendung der Begrifflichkeiten „Westlicher Balkan“ versus „Südosteuropa“ dafür, von der historischen Definition des Begriffes „westlicher Balkan“ wegzukommen. Er verwies darauf, dass sich die Zeiten ändern und dies auch von der Diaspora geteilt werde. Die Diaspora der Albaner sei ein wichtiger Bestandteil der Kohäsion und zugleich wichtig mit Blick auf den Transfer von Wissen und Technologie, vor allem von albanischen Studenten aus dem Ausland. Er hob vor diesem Hintergrund die Bedeutung von Wissen, von Aus- und Fortbildung für die wirtschaftliche Entwicklung in Albanien hervor und plädierte dafür, Wissen zurückzugewinnen. Weiterhin sprach er an, dass von dem gemeinsamen Treffen der Regierung von Albanien und des Kosovo weitere Signale der Zusammenarbeit ausgehen. Auch aus Deutschland, Schweiz und Österreich könnten Unternehmer mit Wurzeln in der Region als potenzielle Investoren einen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung beitragen. Er räumte ein, dass es dabei auch wichtig bleibe, die nationalen Hausaufgaben zu machen und zugleich auch in der regionalen Zusammenarbeit weiter voranzukommen. Er verwies exemplarisch darauf, ein Stocken der Abfertigung von Gütern an den Grenzen zu vermeiden, und hob in diesem Zusammenhang die Schaffung einer Freihandelszone in der Region hervor.

Aus Reihen des Auditoriums wurde angesprochen, dass das Interesse von deutschen Investoren in der Region bislang moderat sei, auch wenn interessante Perspektiven aktuell im Automotiv- und Elektroniksektor bestünden. Die Region verfüge durchaus an Attraktivität, allerdings fehle es insbesondere der albanischen Regierung daran, diese Attraktivität auch in die Präsenz von

ausländischen Unternehmen in Albanien zu überführen. Es bedürfe ein klares Bekenntnis, dass Investoren geschätzt werden, in dem diese klare Signale für Verlässlichkeit und Sicherheit erhalten sowie die Überzeugung gewinnen, Willkommen zu sein. Botschafter **Kuko** merkte an, dass diese Einschätzung auch spiegelbildlich betrachtet werden müsse und sprach an, auch die Erwartungen ständig im Zusammenhang mit den Entwicklungen und Veränderungen durch die Reformen zu überprüfen. So müsste eine Betrachtung auch umfassen, dass Albanien beispielsweise über viele junge und günstige Arbeitskräfte verfüge, was für ausländische Investoren von Relevanz sei, und Albanien an der Stärkung der Ausbildung arbeite.

Auch im Sektor der Energieversorgung werde an Verlässlichkeit und Nachhaltigkeit gearbeitet. Kammerpräsident **Gerxhaliu** bekräftigte, dass aus den Ländern der Region mehr für die Region geworben werden müsse. Aus Reihen der Teilnehmer wurde hierzu angemerkt, dass gerade in Albanien das verarbeitende Gewerbe gänzlich fehle. Die Politik müsse hierin jedoch einen stärkeren Schwerpunkt legen und die Rahmenbedingungen für die Entwicklung des verarbeitenden Gewerbes verbessern. Auch seien kleine und mittlere Unternehmen in diesem Zusammenhang wichtiger als große Unternehmen, da diese vor allem mit Blick auf die Entwicklungspotenziale von Fachkräften von besonderer Bedeutung seien.

Als ein wichtiger Sektor wurde auch die Energieversorgung in der Diskussion angesprochen. Kammerpräsident **Gerxhaliu** führte an, dass nach den Parlamentswahlen im Kosovo nun die Weichenstellung für die Modernisierung der Energieversorgung und den Kraftwerksbau im Kosovo anstünden. Es sei zuvor viel Zeit verloren gegangen. Angemerkt wurde aus Reihen der Teilnehmer, dass die Regelungen in den Energieeinspeisegesetzen nicht befriedigend gelöst seien. Unter dem Gesichtspunkt des Ausbaus erneuerbarer Energien seien die aktuellen Regulierungen als in einem kritischen Zustand anzusehen. Der Bau von Leitungen in der Region zur Sicherung der Netzstabilität sei allein nicht ausreichend. Es bedürfe der Verbesserung der nationalen Rahmenbedingungen und um international auch für Investitionen in erneuerbare Energien attraktiver zu werden.

Zu bedenken wurde auch gegeben, dass die Einwerbung von ausländischen Direktinvestitionen nicht zu Verzerrungen zwischen ausländischen und heimischen Unternehmen führen dürften. Am Beispiel der mazedonischen Sonderwirtschaftszonen wurde ausgeführt, dass lokale Unternehmen durch die Präferenzregelungen und in der Infrastrukturversorgung benachteiligt seien und mazedonische Unternehmen daher vielfach auch nicht mehr im Ausland investieren. Vor den negativen Folgen einer schwachen wirtschaftlichen Entwicklung in der Region warnte Ministerialrat **Tolksdorf** und wies nachdrücklich in seinem abschließenden politischen Appell darauf hin, dass es insbesondere den nationalen Regierungen in der Region gelingen müsse, Arbeitsplätze zu schaffen und hierzu Investitionen anzuziehen und zu fördern. Deutschland und die EU würden hierzu ihren Beitrag leisten.

Ausblick

In seiner abschließenden Zusammenfassung merkte DAW-Präsident Müller an, dass die Thematik der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu und in der Region viele Menschen bewege, weil sie Hoffnung auf mehr Wohlstand und Wachstum sowie Bestärkung auf ein friedliches Miteinander und Sicherheit geben. Alle Länder einzeln betrachtet seien zwar interessant und auch attraktiv, jedoch insgesamt betrachtet zu klein, um große und auch viele mittelständische Unternehmen aus Deutschland anzuziehen. Die interregionale Zusammenarbeit der Länder des westlichen Balkans eröffne die Chance, die einzelnen Märkte als interessante und attraktive Chance zu sehen. Er appellierte an das Verständnis der Politik, über den Ausbau der interregiona-

ALBANIEN

16.2017

len Zusammenarbeit Multiplikator-Effekte für die wirtschaftliche Entwicklung und das Ansehen der Region wie auch der einzelnen Ländern zu nutzen.



DAW-Präsident Müller während der abschließenden Zusammenfassung des Forums mit DAW-Geschäftsführer Alber, Helge Tolksdorf vom BMWi und DIHA-Vizepräsidentin Kasten

DAW-Präsident Müller hob in seinem engagierten Schlusswort hervor, dass der Appell für die interregionale Zusammenarbeit eine „Botschaft von Herzen“ sei. Das langjährige Engagement der DAW für den Ausbau und die Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen mit Albanien finde in der Zusammenarbeit mit Politik und Organisationen der Wirtschaft in der Region eine wichtige Ergänzung für die Werbung für ein stärkeres Engagement der Unternehmen in Deutschland. Er appellierte auch an die Regierungen der einzelnen Länder, in ihren Reformanstrengungen nicht nachzulassen und diese unterstützt durch den Berlin Prozess konsequent fortzusetzen. Er dankte Albanien und seinen Menschen – auch außerhalb der Region – für ihre Reformbereitschaft und ihr unermüdliches Engagement. Abschließend lud er die Teilnehmer zur Feier des albanischen Nationalfeiertages zu einem anschließenden Empfang ein.

An dieser Stelle sei noch nachgetragen, dass DAW-Präsident Hans-Jürgen Müller eingangs in seiner Eröffnung im Einvernehmen mit dem DAW-Präsidium sowie der vorgehenden DAW-Mitgliederversammlung die Enttäuschung über die fehlende Teilnahme eines politischen Repräsentanten der albanischen Regierung aus Tirana ansprach. Er bedauerte, dass eine Chance vergeben worden sei, für die politischen und wirtschaftlichen Ziele, die durch den Berlin Prozess auch in der Region unterstrichen werden sollten, politisch zu werben. Er bat Botschafter Kuko diese Enttäuschung nach Tirana zu übermitteln, verbunden mit der Hoffnung, dass es sich nur um ein einmaliges Ereignis handle. Unter den Teilnehmer wurde es auch bedauert, dass die Einladung zum politischen Dialog in Deutschland über die wirtschaftliche Zusammenarbeit von den ebenfalls eingeladenen Nachbarländern Mazedonien und Montenegro nicht wahrgenommen worden sei. Hierzu äußerte er die Hoffnung, dass im Interesse der Unternehmen und Menschen in der Region trotz dieses Signals keine Zweifel an der Ernsthaftigkeit der politischen Absichtserklärungen aufkommen.

Anlage: Präsentation „Focus Südosteuropa“ von Helge Tolksdorf, Leiter Referat Südosteuropa, EU-Erweiterung und Türkei, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie